

Weserkurier

SPD beschließt Zivilklausel

Forschung soll dem Frieden dienen

Bremen (wig). Ohne dass die wissenschaftliche Freiheit eingeschränkt wird, soll es künftig schwieriger sein, militärischen Nutzen aus den Ergebnissen der Forschung zu ziehen. Dazu könnte eine Zivilklausel dienen, die nach einem Beschluss des SPD-Landesparteitags im Bremischen Hochschulgesetz verankert werden sollte. Eine entsprechende Aufforderung ging an Senat und Parlament. Die Hochschulen, so die Formulierung in dem Papier der Sozialdemokraten, wirkten zugunsten einer friedlichen und zivilen Gesellschaftsentwicklung – ihre finanziellen Mittel dürften „ausschließlich für Vorhaben verwendet werden, die friedlichen Zwecken dienen.“ Die „Verpflichtung zu einer Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung“ habe für die SPD eine besondere Bedeutung. Dieser Grundsatz werde verletzt, wo Forschung und Lehre „nicht dem Fortschritt dienen, sondern der Rüstung oder dem Krieg“. Die Jusos begrüßten den Parteitagsbeschluss, der „Signalwirkung“ habe.

Bremen Aktuell IN ALLER KÜRZE

• 30.09.2011

SPD beschließt Zivilklausel

Auf Initiative der Bremer Jusos hat der Landesparteitag der SPD beschlossen, eine "Zivilklausel" in das Bremische Hochschulgesetz einzufügen. Beschluss sei aber nicht als Entscheidung über die OHB-Stiftungsprofessur zu verstehen, sagt Juso-Sprecher Falk Wagner: "Die Entscheidung über einzelne Sachverhalte fällt in die Autonomie der Hochschulen." Hochschulen und ihre Institute sollen verpflichtet werden, "die ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel (...) ausschließlich für Vorhaben zu verwenden, die friedlichen Zwecken dienen".

taz.de